

## PPP ist eine Schuldenfalle

In der Regel arbeiten die an PPP-Projekten beteiligten Konsortien nur mit 10 Prozent Eigenkapital, der Rest wird durch Kredite finanziert. Die Zinsen werden, zusammen mit den Mietkosten für das fertige Objekt und den erwarteten Gewinnen des privaten Partners, dem öffentlichen Partner in Rechnung gestellt.

Die für die anstehenden Mietzahlungen aufgenommenen Kredite erscheinen nicht mehr als Schulden der Gemeinde. Auf diese Weise entsteht ein Schattenhaushalt; die Schuldenbremse wird zur Schuldenfalle.

## Wer trägt die Risiken?

Angeblich übernimmt bei PPP Projekten jeder Partner die Risiken, die er am besten tragen kann. Aber Sicherheit gibt es nur für die Privaten. Für jedes Projekt wird eine Zweckgesellschaft mit geringem Eigenkapital gegründet, die man ohne große Verluste pleite gehen lässt, wenn sich die Gewinnerwartung nicht erfüllt. Die Kommune muss aufgrund ihrer Verantwortung für die öffentlichen Aufgaben die Leistungen sicherstellen und bleibt auf den Kosten sitzen.

## Geheimhaltung

Das Wie und Wozu der Geheimhaltung läßt sich am Beispiel der Berliner Wasserbetriebe gut veranschaulichen. Zur Sicherung der Gewinngarantie für die Privaten Partner Veolia und RWE wurde eine "Nachteilsausgleichsklausel" erfunden. Das zeigt beispielhaft, wozu die Geheimhaltung aller PPP-Verträge dient. Sie müssen das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

## Verschuldung

Die Verschuldung der Kommunen ist dramatisch. Jede Bürgerin und jeder Bürger bekommt dies täglich zu spüren. Unaufhaltsam steigen die Preise für Energie, Wasser, Nahverkehr und andere öffentliche Dienstleistungen. In atemberaubendem Tempo werden lebenswichtige und gewohnte Leistungen abgebaut. In den Schulen fällt wegen fehlender Lehrkräfte Unterricht aus, Sportstätten, Jugendzentren und Musikschulen werden geschlossen oder privatisiert. Notwendige Sanierungen oder Neubau dringend benötigter Einrichtungen bleiben aus.

Kurz: Es gibt einen **Investitionsstau**.

Die Kassen der Kommunen wurden durch Steuergeschenke an die oberen 1 Prozent in den vergangenen 20 Jahren geleert. Seit 1998 wurden ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr, also bis heute rund 600 Milliarden an sie verschenkt, während gleichzeitig der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen von 20 auf 13 Proz gekürzt wurde.

Zudem wurden ihnen zusätzliche Lasten auferlegt, wie

z.B. das Arbeitslosengeld II. Die Verschuldung

kommt nicht von unserem

angeblich fetten Leben, sie

wurde bewusst herbeigeführt.

## Die Schuldenbremse

Die seit 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. In unseren Augen ist die Schuldenbremse ein Eingriff in die Haushaltshoheit der Parlamente und in der Wirkung auch auf die Kommunen ein **Instrument der Nötigung**. Die rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise vergisst die volkswirtschaftlichen Aspekte und führt zum Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Öffentliche Kredite, die in der Regel bei privaten Geldgebern aufgenommen werden, müssen im Endeffekt von den Steuern der Bürger bedient werden. Das ist wahr. Aber ist es besser, wenn die Kredite nun von den Privaten bei privaten Geldgebern aufgenommen werden, weil Ihnen wegen der Geldarmut der Kommunen die öffentlichen Aufgaben übertragen worden sind?

Wir zahlen in diesem Fall doppelt: für Sollzinsen und die Rendite der Privaten. Das dient der Ungleichheit, statt sie zu beseitigen und schafft neue Probleme durch die Vermehrung der frei flottierenden Geldmengen.

## Effizienzvorteile?

Die Befürworter von PPP preisen ihre „Beschaffungsvariante“ an, indem sie auf Effizienzvorteile verweisen – mehr als 10 Prozent billiger wollen sie sein und darüber hinaus auch besser und schneller. Das Vorurteil, dass "die Privaten es effizienter können" als die öffentliche Hand wird durch vielfache Wiederholung nicht wahrer. Zahlreiche Projekte, von der Hamburger Elbphilharmonie über die Berliner Wasserbetriebe bis hin zu den Schulen des Landkreises Offenbach sind sehr viel teurer und weisen unübersehbare Mängel in Planung und Durchführung auf.

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben dies in zahlreichen Berichten bestätigt. Wenn sich die Privaten selbst loben, sie würden „aus weniger mehr machen“, bedeutet das vielfach eine Vernachlässigung der Infrastruktur, Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Dumpinglöhne. Dazu kommen saftige Gebührenerhöhungen sowie das Abwälzen weiterer Forderungen auf die öffentliche Hand.

## Nötigung zum Verkauf der Gemeingüter

Die finanzschwachen Kommunen unterliegen durch die Schuldenbremse einer Erpressung: Solange Du (wegen der Schuldenbremse) nicht investieren darfst, musst du auf die Berater und Banken hören und die bisher von der öffentlichen Hand ausgeführte Aufgaben – mit allen Konsequenzen – auf Private übertragen. Bei PPP wird heute nicht nur ein Bauauftrag, sondern die komplette Durchführung der öffentlichen Aufgabe auf meist 30 Jahre übertragen. Damit haben Konzerne Sicherheit und eine Renditegarantie, denn sie erledigen nun Aufgaben, die alle Bürger dringend zum Leben brauchen und nun bei ihnen kaufen müssen.

Der Staat ist ein sicherer Schuldner der Privaten! Den Kredit der Privaten bezahlt der Staat, er wird aber nicht im Haushalt gezeigt. Das ist der Trick von PPP-Projekten.

# der Schuldenbremse und Wahrheit

1. Die Verschuldung der Kommunen ist Ergebnis verfehlter Steuerpolitik: Weniger **Steuereinnahmen**, zusätzliche Ausgaben für Soziales. Gewonnen haben Bund, Länder und vor allem die Unternehmen.

2. Der **Investitionsstau** wird durch die Schuldenbremse zementiert; das Verbot der Kreditaufnahme nötigt die Kommunen zum Ausverkauf der Gemeingüter.

3. Durch **PPP** werden Schulen, Krankenhäuser, Straßen und andere öffentliche Güter dem Profitinteresse privater Unternehmen ausgeliefert.

4. Kein sog. Investor kommt mit dem dicken Geldsack. Sie nehmen auch Kredite auf. Die Kommune zahlt ihre Zinsen und den über Jahre garantierten Gewinn. Trotz Schuldenbremse werden also hohe Schulden gemacht, versteckt in **Schattenhaushalten**.

5. Der Lebenszyklus ist ein Ausstieg aus den heute üblichen Gewährleistungen und ein **Konzept auf Abriss**. Infrastrukturen müssen 80 bis 100 Jahre halten.

6. Die Geheimhaltung dient der **Verschleierung** der skandalösen Vertragsbedingungen. Wenn diese vorher bekannt würden, käme kein PPP-Projekt zustande.

7. Es ist die Aufgabe des Staates, für das Wohlergehen der Bürger und Bürgerinnen zu sorgen. Dafür bezahlen wir Steuern. Dass Private alles besser können, ist ein Märchen mit dem einzigen Ziel, Bereiche, die bisher ohne Gewinne arbeiten, für den Markt zu öffnen.

## Wir fordern:

1. Mehr Steuergerechtigkeit zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben
2. Rettungsschirme für Kommunen statt für Banken
3. Günstige Kredite der EZB (Europäischen Zentralbank) direkt an die öffentliche Hand und an die Kommunen statt an die Banken
4. Rücknahme der Schuldenbremse hier und in der EU
5. Offenlegung der Schattenhaushalte und aller PPP-Projekte
6. Keine neuen PPP-Verträge, Rückabwicklung bestehender Verträge

## Auch Sie können aktiv werden!

- Sprechen Sie darüber mit Freunden und Bekannten
- Verbreiten Sie dieses Flugblatt (bestellen unter: [info@gemeingut.org](mailto:info@gemeingut.org))
- Unterschreiben sie unseren Aufruf gegen PPP: [www.gemeingut.org/aufruf](http://www.gemeingut.org/aufruf)
- Fragen Sie Ihre Abgeordneten nach PPP-Plänen und äußern Sie Ihre Kritik
- Fordern Sie die "Handreichung PPP" bei uns an, das kann Ihnen helfen, die Planung von PPP-Projekte in Ihrem Umfeld rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern
- Informieren Sie uns über PPP-Projekte und Vorhaben und machen Sie bei GiB mit!

Unterstützen Sie die Arbeit von GiB: Werden Sie Fördermitglied oder spenden Sie an Gemeingut in BürgerInnenhand - KTO 1124229100, BLZ 43060967, GLS Bank  
GiB ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, Sie erhalten für Ihre Spende eine Spendenquittung

**Weitere Informationen:** [www.gemeingut.org](http://www.gemeingut.org)

**Kontakt:** Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V., Weidenweg 37, 10249 Berlin  
Tel: 030 37 300 442, Fax: 030 37 30 22 69, [info@gemeingut.org](mailto:info@gemeingut.org)

Herausgegeben von:



V.i.S.d.P.: Dorothea Härlin, GiB, Weidenweg 37, 10249 Berlin

# Gemeingüter im Würgegriff

## Dichtung

1. Die **Verschuldung** der Kommunen zeigt: Wir haben in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt. Darauf reagiert die Schuldenbremse.

2. Die **Schuldenbremse** hindert die Kommunen daran, sich auf Kosten künftiger Generationen weiter zu verschulden.

3. **Privatisierung durch PPP** (Public Private Partnership) ist der Weg, trotz leerer Kassen öffentliche Einrichtungen zu bauen und zu sanieren.

4. Die öffentliche Hand lässt die Infrastruktur der Daseinsvorsorge verkommen. Private **Investoren** bringen frisches Geld zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

5. Neu ist das Prinzip eines Lebenszyklus bei den PPP-Projekten. Langfristige Verträge mit Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren garantieren Qualität und **Effizienz**.

6. PPP-Verträge unterliegen wie andere private Angelegenheiten der **Geheimhaltung**; das ist absolut normal.

7. Der Staat ist nicht in der Lage, wirtschaftlich zu handeln, und dies ist auch nicht seine Aufgabe. Die Privaten können es besser.